

# Die Zeit der Unschuld ist vorbei. Aktuelle Auswirkungen der Sozialen Medien

Prof. Dr. Kai Hafez  
Universität Erfurt

**Wenn Bürger keine #Netiquette und #Kommunikationsethik entwickeln, muss der Staat #rassistische Hassparolen in #sozialen Medien in Zukunft stärker verfolgen.**

Das Internet ist ein Multi-Medium, in dem sich sowohl klassische Medien (z. B. Online-Zeitungen) als auch Gruppenportale, wie beispielsweise Facebook oder LinkedIn tummeln. Diese zweite Generation des Internets wird nach der ursprünglichen Einführung von Websites als „Soziale Medien“ bezeichnet, weil sie multiplexe Netzwerke geschaffen hat. Soziologisch betrachtet spielt in sozialen Netzwerken neben der häufigen Weitergabe von Hinweisen auf Wissens- und Unterhaltungsmedien auch die interaktive Dimension des Gesprächs zwischen den Bürgern eine Rolle. Damit hat der moderne Mensch die Chance, die seit Jahrhunderten zunehmende mehr oder weniger passive Haltung gegenüber Massenmedien (Büchern, Fernsehen, Presse usw.) zu überwinden und selbst vermehrt an öffentlichen Kommunikationsprozessen teilzuhaben. Dies wiederum kann die Gemeinschaftsbildung gegenüber der reinen Informationsaufnahme stimulieren. Gemeinschaften, die im Fortgang der Moderne zerstört wurden (die Großfamilie, das Dorf usw.), werden zwar selten wiederbelebt, aber es kommt zu neuartigen Zusammenschlüssen der unterschiedlichsten Art. Das Verhältnis von Gesellschaft und Gemeinschaft wird also in der Gegenwart neu bestimmt.

Bei virtuellen Verbindungen werden sehr unterschiedliche Akzente gesetzt. Neben Freundschaftsnetzwerken, in denen vom privaten Baby-Foto bis zum neuen Spiegel-Online-Artikel alles behandelt und kommentiert wird, gibt es auch Interessen- bzw. Solidaritätsgruppen. Nicht nur verweisen Menschen hier oft auf Produkte etablierter Medien, um aufzuklären. Sie definieren auch die Grenzlinien zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen häufig völlig neu. Die Privatsphäre des



Individuums, die seit Jahrhunderten durch immer mehr rechtsstaatliche Mittel vor den Eingriffen des Staates gesichert worden ist, wird nun von eben diesem Individuum per Tastendruck auf dem Handy wieder abgeschafft.

Man kann die Grenzverschiebung des Privaten und des Öffentlichen als neue Lust am Voyeurismus und Exhibitionismus belächeln. Ob unser Gemeinschaftsleben dadurch am Ende allerdings verarmt, weil wir auch noch unsere letzten bestehenden Sozialbeziehungen gefährden und noch am Frühstückstisch „twittern“, statt mit unseren Mitmenschen zu sprechen, oder ob wir eben neue soziale Beziehungen aufbauen und es zu neuen Dialogen im Alltag kommt, die unser Leben bereichern, lässt sich nicht mit letzter wissenschaftlicher Klarheit beantworten. Dafür gibt es zu viele unterschiedliche Folgewirkungen Sozialer Medien, die von den Nutzungsgewohnheiten des Einzelnen abhängen.

Auch verbreitete Vorstellungen, wonach die Jugend durch Soziale Medien vollkommen passiv geworden sei oder aber, die Gegenthese, dass „Facebook-Revolutionen“ den Globus verändern, entbehren in ihrer Radikalität jeder Grundlage. Produktive und destruktive Wirkungen der Sozialen Medien auf das Gesellschaftsleben dürften sich in etwa die Waage halten.

Allerdings gibt es einige problematische Tendenzen, die man beim Thema Soziale Medien im Auge behalten muss. Die Aufweichung der Grenzen des Privaten erfolgt nicht immer freiwillig. Es drohen ernstzunehmende Gefahren durch den technisch jederzeit möglichen Datenklau. Nicht zuletzt der NSA-Abhörskandal hat deutlich gemacht, dass die neue digitale Welt den totalitären Tendenzen, die in jeder Form von Staatlichkeit lauern, eine neue Handhabe verschafft. „Big Brother is Watching You“ aus dem Roman „1984“ von George Orwell, diese in früheren Jahrzehnten erschreckende Vision eines allmächtigen Regimes, das bis in die Intimsphäre des Menschen vordringt, ist längst technisch realisierbar. Verfolgte Oppositionskräfte auf der ganzen Welt, die sich gegen autoritäre Strukturen wenden, leider auch Terroristen, greifen daher auch seit langem nicht mehr auf das Internet, sondern viel eher auf klassische Formen der sozialen Kommunikation, wie das mündliche Gespräch oder das Faxgerät zurück. Zwar rekrutiert man Mitglieder für soziale und politische Bewegungen durchaus vermehrt über soziale Netze. Das operative Geschäft des politischen Widerstandes wird allerdings „offline“ und jenseits der Sozialen Medien abgewickelt, da diese zu leicht überwacht werden können. Die schöne neue Welt, die digitalen Medien, glänzt also nicht für jeden in gleicher Weise.

„Soziale Kommunikation bleibt immer auch ein Kampf um die Grundlagen der Meinungsfreiheit.“

Diese Freiheit wird allerdings in den Sozialen Medien heute nicht nur vom Staat missbraucht. Die Wissenschaft ist sich einig, dass sich im Internet vor allem ähnlich denkende und fühlende Menschen zusammenfinden. Diese Konsonanz schaukelt sich immer häufiger zur Radikalität hoch. Insbesondere Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus breiten sich im Internet aus. Gefährlich ist dies insofern, als hier ein kommunikatives Band zwischen „dem Stammtisch“ und der aktiven rechten Szene geschaffen und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft hoffähiger denn je gemacht wird.

Die Facebook-Seite von Pegida, um nur ein relativ „harmloses“ Beispiel zu nennen, strotzt vor pauschalen Beleidigungen gegen Migranten und Muslime. Was Soziologen seit langem als „Rassismus der Mitte“ bekannt war, wird jetzt zu einer öffentlich gehandelten Weltsicht der Intoleranz und Rückschrittlichkeit bis hin zur Neubelebung völkischer Rassismen. Die neue Gemeinschaftlichkeit bedeutet also auch eine Rückkehr der alten ideologischen Kulturkämpfe. Schöne neue Welt?

Bislang hat sich Deutschland an die Regel gehalten, dass eine liberale Demokratie leider auch den Rassismus bis zu einem gewissen Grad ertragen muss. Gruppenbeleidigungen, solange sie keine konkreten Personen angriffen, galten als traurig aber legal. Die Toleranz gegenüber den Intoleranten wurde als notwendiges Opfer für die gewünschte Wiederbelebung des öffentlichen bürgerlichen Dialogs mit Hilfe der neuen Sozialen Medien betrachtet. Bislang! Denn mit ihrer flächendeckenden Hausdurchsuchungsaktion gegen HassPostings in sozialen Netzwerken am 13. Juli 2016 in zahlreichen deutschen Bundesländern hat der Staat ein Zeichen gesetzt, dass die liberale Demokratie wehrhaft sein muss. Tausende von gewaltsamen Übergriffen auf Asylbewerber und deren Heime in Deutschland, vielfach angestachelt von fanatischen Diskursen in den neuen Medien, haben den Staat veranlasst, die in unseren Gesetzbüchern schlummernden Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Fällen einer Verletzung des sozialen Friedens wieder ernster zu nehmen. Eine gemeinsame Task-Force der Bundesregierung mit Netzwerkbetreibern, wie Facebook hatte bis dahin offensichtlich nicht die gewünschten Erfolge bei der Selbstkontrolle der Sozialen Medien erzielt.

Die Zukunft lässt hier eigentlich nur zwei Wege offen: entweder muss der Staat, den man aus dem Internet eigentlich heraushalten möchte, im Namen eines wehrhaften Liberalismus nun doch stärker eingreifen. Oder es gelingt der deutschen Öffentlichkeit, eine neue „Netiquette“ zu entwickeln, also ethische Regeln darüber, was sagbar ist und was nicht. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollte jedenfalls nicht zum guten Ton gehören, weil die Grundlagen der Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Hier muss die Meinungsfreiheit im Zweifel zurückstehen. Die Zeit der naiven Unschuld im Umgang mit den Sozialen Medien ist jedenfalls vorbei.

